

Verlag und Deutscher Osten O. U. Berlin W 30, Mohrstraße 48. Fernruf B 5, Reichsanstalt 014.
Polstschank Berlin SW - Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Hredel, Reichsminister.
Mitarb. 2 - Druck: Konzentration 206, Wtl. Spandau, Seegerstraße 35 - Erscheint monatlich, zweimal - Abhebung
vierteljährlich RM. 0,90 - Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühren. - Anzeigenpreisliste 2 - O. U. G.

Der Angriff auf die Wirtschaftskrise

Die Regierung Kosciakowski sieht ihre Hauptaufgabe weniger auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Wirtschaftsreformen der neuen Regierung sind mit Männern belegt, die in weiten Kreisen der polnischen Öffentlichkeit Vertrauen genießen: Kosciakowski, Biacorkowski, Kwiatkowski, Gorecki und Jajszgot. In Presse, Rundfunk und Sejm haben sich die neuen Männer wiederholt über ihre wirtschaftspolitischen Pläne geäußert. In die polnische Wirtschaft, die durch die tiefsten, allen tiefgreifenden Maßnahmen abhöbe Vollstreckung der Oberflächengruppe in eine Art Erstarrungszustand geraten ist, scheint jetzt ein neuer Zug planender Initiative entfahren zu wollen, von der man freilich nicht weiß, ob sie wirklich imstande sein wird, der in allen ihren Teilen erkrankten Wirtschaft neues Leben zu bringen.

Kwiatkowski hat in einer temperamentvollen Rundfunkrede erklärt, daß der Staatshaushalt und der zugehörige Defizit auszugleichend werden müsse, und daß die bisherige Defizitwirtschaft auf keinen Fall fortgesetzt werden dürfe. Kosciakowski hat vor dem Sejm dann im einzelnen dargelegt, wie dieses erste Ziel der neuen Wirtschaftspolitik praktisch erreicht werden soll. Auf der einen Seite ist die Senkung einzelner Steuern und Abgaben, die direkt oder indirekt vor allem die ärmeren Volksschichten belasten, geplant: Die Mietsätze für Kleinwohnungen sollen ermäßigt, die Mietskizzen auf Kleinwohnungen sollen befristet, die Kommunalzuschläge für die ländliche Grundsteuer um die Hälfte herabgesetzt werden; für die Wegebauabgaben soll eine Höchstgrenze und für die Beamten eine Entschuldigungsaktion durchgeführt werden. Auf der anderen Seite ist an scharfe Besteuerung der Dotationen und Tantiemen gedacht. Die Beamten und öffentlichen Angestellten werden mit einer gestaffelten Sonder Einkommensteuer belegt. Die privaten Festangestellten sollen im Rahmen der geplanten Reform der Einkommensteuer ähnlich scharf angefaßt werden. Weiter ist von wesentlichen Einsparungen in den staatlichen Betrieben die Rede. Somit sind im Staatshaushalt, der mit 1,9 Milliarden Zloty für einen Staat wie Polen ohnehin schon unwahrscheinlich niedrig ist, kaum größere Einsparungen zu machen. Eine Beschnidung des Heereshaushaltes, der über ein Drittel, fast zwei Fünftel des Gesamthaushaltes ausmacht, dürfte auch von der Regierung Kosciakowski nicht beabsichtigt sein. Eine weitere Kürzung des Bildungshaushaltes ist eine glatte Unmöglichkeit, wenn man bedenkt, daß heute schon fast eine Million Kinder im schulpflichtigen Alter da sind, die keine Schule besuchen, und daß Leute, die es wissen müssen, ein Minus von etwa 16 000 Lehrkräften gegenüber dem normalen Bedarf festgestellt haben. Maßnahmen, wie die Regierung sie zur Ausgleichung des Staatshaushaltes plant, müssen solange ein unfruchtbarer Notbehelf bleiben, als sich die Steuererträge aus der heute völlig daniederliegenden Wirtschaft nicht heben und die Steuerermora der breitesten Volksschichten sich nicht ganz wesentlich bessert.

Für die Gesundung der Wirtschaft hat die neue Regierung eine Reihe recht schöner, aber unausgeglichen

ner Pläne. Kwiatkowski hat die Erhöhung des inneren Verbrauchs durch die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen als die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe der Regierung bezeichnet. Tatsächlich ist ja der polnische Binnenmarkt völlig zerstört, und die Preisniveaus industrieller und landwirtschaftlicher Produkte lassen weit auseinander. Daß Kwiatkowski selber durch die Politik, die er früher, als er einmal Handelsminister war, getrieben hat, ein gerüttelt Maß von Schuld daran trägt, ist nur beiläufig erwähnt. Daß die Kaufkraft der Massen gehoben werden muß, wenn die polnische Wirtschaft gesund sein soll, das hat man auch schon vorher gewußt. Doch haben sich die früheren Regierungen niemals an Maßnahmen herangetaut, die geeignet gewesen wären, die durch die ökonomische Krise gründlich verfallene Wirtschaftspolitik auf einen neuen Kurs zu bringen. Aber in der Hauptfrage scheint auch die neue Regierung bei ihren Maßnahmen an das anzuknüpfen zu wollen, was von ihren Vorgängerinnen schon eingeleitet und teilweise versucht worden ist.

Der Grundgedanke, von dem die neue Regierung ausgeht, ist nach Kosciakowski die Herbeiführung einer besseren und gerechteren Verteilung des Volkseinkommens. Das sind Worte, die die breiten Massen immer hören. Die selbe Wortgruppe hat, als sie in der Regierung saß, Jelen Wert darauf gelegt, mit sozialen Versprechungen Einbruch auf die Massen zu machen. Die neue Regierung stellt eine energische Senkung der Preise für in unbedeutende Produkte in Aussicht; diese hofft sie vor allem durch einen umfassenden Angriff auf die ungesunde Preispolitik der Kartelle erreichen zu können. Bemühungen in dieser Richtung sind, z. T. mit Erfolg, schon seit langem im Gange. Weiter ist eine wesentliche Senkung der Eisenbahntarife geplant. Die Preise für elektrischen Strom, für Gas und andere Erzeugnisse öffentlicher Unternehmungen sollen gleichfalls herabgesetzt werden. Eine Ermäßigung wäre vor allem bei den monopolisierten Waren, wie Salz, Streichhölzern usw., notwendig; ob die Regierung hierzu imstande sein wird, ist allerdings fraglich. Auch hinsichtlich der Sozialversicherung, deren Entwicklung während der letzten Jahre zu äußerst erbitterten Auseinandersetzungen geführt hat, werden durchgreifende Neuerungen in Aussicht gestellt, bisher aber noch nicht näher umschrieben.

Ein wesentlicher wirtschaftspolitischer Programmpunkt der neuen Regierung ist die Behebung der privaten Initiative. Die statistischen Hemmungen sollen verschwinden; der Staat soll möglichst wenig als Unternehmer auftreten, sondern die wirtschaftliche Betätigung nach Möglichkeit der privaten Unternehmungslust überlassen. Daß das Überwuchern des staatlichen Sektors im Wirtschaftsleben die private Betätigung stark eingeschränkt und verhindert hat, ist nicht zu bestreiten. Weist aber war es doch so, daß sich der Staat nur dort in die Wirtschaft einmischte, wo er aus politischen Gründen in eine bestimmte Richtung zu lenken versuchte, oder dort, wo es an ausreichender privater Unternehmungslust ohnehin fehlte. Es ist durchaus nicht gesagt, daß sich die private

Initiative überall dort ausdehnen wird, wo sich der Staat jetzt etwa wieder aus der Wirtschaft zurückzieht. Wiefach durch die Rückzug des Staates auch eine Preisgabe der mit seinem Eingriff in die Wirtschaft verknüpften politischen Ziele bedeuten. Eine solche Preisgabe aber — man denke z. B. an Ödungen — liegt keineswegs in der Absicht der neuen Regierung. Immerhin wird sie manche bürokratischen Hemmungen, über die in der Wirtschaft allenthalben geklagt wird, abbauen können.

Im übrigen wird sie nur dann der privaten Wirtschaft neuen Auftrieb zu geben vermögen, wenn es ihr gelingt, der großen Masse der Arbeitslosen zu einem Verdienst zu verhelfen, und zwar nicht nur den einigen hunderttausend registrierten Arbeitslosen der Industrie, sondern auch den Millionen ländlicher Kräfte, die heute in den überfüllten Dörfern ein mehr als kümmerliches Dasein fristen. Aber für wirtschaftlich umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fehlt Polen das notwendige Geld. Die Regierung hat mitgeteilt, daß sie an der bisherigen Deflationspolitik unbedingt festhalten will; sie will also weiterhin mit dem unwahrheitlichen niedrigen Geldumlauf, der je Kopf der Bevölkerung nur etwa 30 Zloty beträgt, operieren; sie verzichtet damit auf die größere finanzielle Beweglichkeit, die ihr eine ein wenig aufgelockerte Währungspolitik u. U. zu bieten vermöchte. Aber ihre Scheu vor einem Umweichen von dem bisherigen strengen währungspolitischen Kurs ist verständlich: Die Stabilität des Zloty ist tatsächlich die wichtigste Leistung, die die polnische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre aufzuweisen kann. Eine finanzielle Hilfe vom Ausland, wie sie bis zum Jahre 1929 die Kapitalknappheit der polnischen Wirtschaft behoben hat, scheint die Regierung im größtem Umfang nicht zu erwarten. Aber sie hofft, in Polen selbst noch Kapitalien, vor allem solche der Selbstverwaltungen, für die Durchführung ihrer wirtschaftspolitischen Pläne mobilisieren zu können. Im übrigen aber muß sie sich mit der Tatsache abfinden, daß sich die Kapitalneubildung in Polen, einem verarmten und vorwiegend agrarischen Lande, nur sehr langsam vollzieht.

In der Agrarpolitik soll der schon unter der Regierung Stomczak von damaligen und jetzigen Landwirtschaftsminister Raciorowski eingeschlagene bauernfreundliche Kurs fortgeführt werden. Aber es ist kein Geheimnis, daß dieser Kurs durchaus nicht klar und einheitlich ist. Welche Schwierigkeiten sich für eine gradlinige Agrarpolitik aus den gemalten Verchiedenheiten ergeben, die etwa zwischen der hochstehenden Landwirtschaft Polens und der fast mittelalterlich rückständigen Landwirtschaft mancher östlicher Gebietsteile des Staates bestehen, ist hinreichend bekannt. Auch daß die landwirtschaftliche Preispolitik sprunghaft und voller Widersprüche ist, ist oft genug festgestellt worden. Wenn Kosciolowski in seiner Sejmrede die Rentabilität der Landwirtschaft als die wichtigste Voraussetzung für eine Gesundung der Gesamtwirtschaft Polens bezeichnet und Kosciolowski die categorische Forderung aufgestellt hat, daß der Schrumpfung der Konsumtion auf dem Dorfe Einhalt geboten und der Blutabfluß aus dem kranken Organismus

der Landwirtschaft unterbunden werden müsse, so ist das alles zweifellos richtig. Doch scheint sich auch die neue Regierung davor zu scheuen, die vollen Konsequenzen aus ihrer Erkenntnis zu ziehen. Auch sie trägt Bedenken, einige der wesentlichsten Fehler der bisherigen Wirtschaftspolitik, die am Niedergange der Landwirtschaft schuld sind, richtigzustellen. Ödungen ist sicherlich ein nationales Symbol. Aber diesem Symbol wurde der organische Aufbau der polnischen Volkswirtschaft, der nur von der Landwirtschaft her erfolgen kann, zum Opfer gebracht. Das war nur möglich, weil die Regierungen, die ihre Wirtschaftspolitik unter dieses Symbol stellten, ein Volk vor sich hatten, dem sie ein erstaunliches Maß an materieller und kultureller Bedürfnislosigkeit zumuten konnten. Auch im Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung spielt diese Primitivität eine ganz erhebliche Rolle, — was man natürlich nicht so offen zugeben wird.

Die Regierung ist sich im übrigen über die Schwierigkeiten, denen sie gegenübersteht, nicht im Zweifel. Die Wirtschaftskrise, in der sich Polen befindet, ist nicht nur konjunktureller, sondern vor allem struktureller Natur. Kosciolowski hat in seiner Sejmrede darauf hingewiesen: Die Wirtschaftslage, sagt er u. a., teile Polen in zwei wirtschaftlich grundrhythmisch voneinander abweichende Teile; während das Land westlich der Weichsel etwa auf der Höhe der meisten europäischen Wirtschaftslagen stehe, weile das Land östlich der Weichsel typische Merkmale eines Koloniallandes auf. Es werde das Vertrauen der Regierung sein, durch eine entsprechende Gestaltung der Eisenbahntarife den Osten Polens näher an den Märkten des Staates heranzubringen. Die Industrie Westpolens müsse anfangen, wie bisher mit Dumpingpreisen nach überflüssigen Ländern zu verkaufen, vor allem in den polnischen Ostprovinzen zu finden. Hier hat Kosciolowski eines der wichtigsten Probleme der polnischen Wirtschaftspolitik angeschnitten. Es fragt sich, wie er die Lösung dieses Problems mit seiner Vorliebe für Ödungen in Einklang bringen will. Warum das auf Kosten Danzigs geschehen sollte, könnten sich daran politische Schwierigkeiten für Polen ergeben.

Die Regierung will sich nicht auf ein „Durchhalten der Krise“ beschränken, sondern den Schwierigkeiten energisch zu Leibe gehen. Das deutsche Beispiel zeigt, wie unentbehrlich zur Überwindung einer fast hoffnungslos verfahrenen wirtschaftlichen Lage das Vertrauen des Volkes in die Staatsführung ist. Dieses Vertrauen ist in Polen zweifellos bei weitem nicht in demselben Maße wie in Deutschland vorhanden. Aber die neue Regierung in Polen hat den Wert dieses psychologischen Faktors erkannt. Sie verlor sich durch eine starke Betonung der sozialen Tendenz ihres Wirtschaftsprogramms das Vertrauen der Massen zu sichern. Ihre Erfolge in dieser Richtung sind bisher nicht sonderlich groß. Die oppositionellen Parteien lassen sich dadurch, daß sie mit diesem oder jenem Minister einigemachen zufrieden sind, nicht dazu verleiten, die Regierung zu unterstützen. Und auch im Regierungsblatt selbst hat Kosciolowski vor allem mit Widerstand von Seiten der Oberstengruppe zu rechnen.

Antwort an Smogorzewski

In der polnischen Presse macht sich in letzter Zeit wieder einmal eine verstärkte Agitation gegen die Volksgruppenpolitik des Dritten Reiches bemerkbar. Diejem „Zuge der Zeit“ kann, wie scheint, auch der Ritter der Ehrenlegion, K a l i m i r S m o g o r z e w s k i, nicht widerstehen, der seit 1933 als Vertreter der „Gazeta Polska“ in Berlin tätig ist. In der „Gazeta Polska“ vom 17. Oktober findet sich von ihm ein die erste Seite füllender Artikel unter der Überschrift: „Die nationalen Minderheiten in Deutschland“. Smogorzewski beginnt mit einer „Statistik“, die er sich beim Polenbund ausleiht. Dergewiss soll festgestellt werden sein, daß es im Deutschen Reich heute 1,75 Mill. Angehörige nichtdeutscher Volkstämme gibt (die Juden und fremden Staatsangehörigen ungerchnet). Davon werden 1,47 Mill. für das polnische Volkstum in Anspruch

genommen, die übrigen werden nach einem unbekanntem Schlüssel auf Dänen, Esten (1), Norweger, Tschechen und Litauer aufgeteilt. Der „Statistik“ liegen — wie auf polnischer Seite üblich — die objektivsten Volkstumsmerkmale, Sprache, Abkunft usw., zugrunde. Nun ist aber der Gebrauch eines familiären Dialekts als Hausprache nachweislich kein Beweis für die Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum. Auch ist der Begriff der Minderdrämme, als natürliche Trennungsmerkmal völlig unbrauchbar. Diesen Feststellungen, deren Richtigkeit von keinem vernünftigen Menschen in Abrede gestellt werden kann, weicht Smogorzewski, um nicht über sie zu stolpern, sorgfältig aus, — wie das ja auch der Polenbund von jeher getan hat. Die Stichhaltigkeit und Glaubwürdigkeit dessen, was er im

weiteren Verlauf seines Artikels über die Behandlung der polnischen Volkspolizei in Deutschland zu sagen hat, wird dadurch natürlich von vornherein in Frage gestellt.

Die Schlussfolgerungen, zu denen Smogorzewski gelangt, verdienen im Vorlauf festgehalten zu werden. Denn sie stellen eine grobe Disamierung der verantwortlichen Reichsstellen dar, die um so erstaunlicher ist, als Smogorzewski selber sich erst noch vor einiger Zeit in einem Artikel mit Recht über die sachliche und verantwortungslose Berichterstattung gewisser Berliner Auslandspreßvertreter über das neue Deutschland aufgeregt hat. Die Schlussfolgerungen Smogorzewskis lauten wie folgt: „1. Die feierlichen Erklärungen, in denen die Germanisierungspolitik verworfen wird, sind für das Dritte Reich unter den Völkern zu werden, die sich durch gewisse Thesen des Verfassers vom Mein Kampf und anderer nationalsozialistischer Theoretiker bedroht fühlen könnten. 2. Nach außen hin verzichtet das Dritte Reich darauf, diejenigen Splitter der nationalen Minderheiten, die aufgeklärt sind, für das Deutschland zu gewinnen. Dagegen verzichtet es nicht auf den größeren Teil der Minderbeitragsgruppen. Es beabsichtigt, ihn mit Hilfe der imponierenden Mühle der nationalsozialistischen Organisationen einzudeutschen. Es ist davon überzeugt, daß es das schneller und erfolgreicher als die vorhergehenden Systeme vollbringen wird. Es glaubt, daß die Splitter und die Älteren in den Familien aussterben werden, ohne Spuren zu hinterlassen, falls es gelingen wird, das junge Geschlecht der Minderheiten im deutschen Geiste und in der deutschen Sprache zu erziehen.“

Smogorzewski erhebt gegen die verantwortlichen Stellen des Dritten Reiches den Vorwurf der Unaufrichtigkeit. Er behauptet, daß ein Widerspruch zwischen den Worten und den Taten in bezug auf die Behandlung der fremden Volksgruppen in Deutschland bestehe. „Beweis“ führt er an: einige Ortsnamenänderungen in den östlichen Grenzgebieten, die Werbearbeit der Hitlerjugend unter der angeblich nichtdeutschen Jugend, die Heranziehung der einer fremden Volksgruppe angehörenden Kinder zum Staatsjugendtag und die Anwendung des Erbfhof- und des Arbeitsdienstgesetzes auf die Angehörigen der fremden Volksgruppen. Von diesen Dingen, die Smogorzewski mit falcher Oberflächlichkeit dem Nationalsozialismus als Kapitaltünden vorhält, spielen die Fragen der beiden letztgenannten Gesetze eine besondere Rolle.

Zunächst das Reichserbfhofgesetz und die Polen: Die wiederholten Vorstellungen des Polenbundes in dieser Sache sind am 5. Juni d. Js. durch ein Schreiben des Reichsministeriums des Innern ebüßig abgelehnt worden. Es sei nur noch einmal folgendes festgesetzt: Die Bestimmungen des Polenbundes gehen ausschließlich von der Person des Bauern aus und berüchtigen nicht, daß das Reichserbfhofgesetz dem Hof eine besondere Bedeutung zumeist. Verliert ein Bauer aus Gründen, die in seiner Person liegen, die Erbfhoffähigkeit, so hört nicht der Hof auf, Erbfhof zu sein, sondern das Erbfhofgericht kann den Bauern vom Erbfhof entfernen. Erbfhoffähig ist ein Bauer grundsätzlich dann, wenn er deutscher Staatsangehöriger, deutscher oder itamesgleichen Blutes, nicht entmündigt, ehrbar und fähig ist, den Hof ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Der Polenbund flammert sich in seinen Behauptungen nun ausschließlich daran, daß es in der Brämbel als das Ziel des Gesetzes bezeichnet wird, den Bauernstand „als Blutquelle des deutschen Volkes zu erhalten.“ Das Reichserbfhofgesetz aber stellt ausdrücklich fest, daß dem Deutschen hier derjenige gleichzusetzen ist, der itamesgleichen Blutes ist, und daß stammesgleichen Blutes derjenige nicht ist, der unter seinen Vorfahren väterlicher- oder mütterlicherseits jüdisches oder farbigen Blut hat. Das Landeserbhofgericht in Celle hat diese Definition dahin ergänzt, daß als stammesgleich diejenigen Völker zu gelten haben, die in geschlossener Volkstumseblung seit geschichtlicher Zeit in Europa beheimatet sind. Die

Definition entspricht durchaus dem Sinn des Gesetzes, das eine Erneuerung des Bauerntums in Deutschland auf russischer Grundlage nach Maßgabe der nationalsozialistischen Gebankengänge bewirkt, die Walter Darré in seinem grundlegenden Werke „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ dargelegt hat. Sie findet weiter ihre Parallele in einer ganzen Reihe von Gesetzen rassenpolitischen Inhalts. Der Fall ist erledigt. Es mutet ein wenig lächerlich an, wenn Jan Stala, Smogorzewski oder sonstwer sich noch berufen dünken, verantwortlichen deutschen Stellen Vorstellungen über das Wesen des Nationalsozialismus zu halten.

Auch gegen die Heranziehung der Angehörigen des polnischen Volkspoliziers zum Arbeitsdienst hat der Polenbund Einspruch erhoben, nachdem das Reichsministerium des Innern am 26. September d. Js. entschieden hat, daß alle Reichsangehörigen zum Arbeitsdienst verpflichtet sind. Nebenbei wie beim Reichserbfhofgesetz, stützt sich die polnische Agitation auch in diesem Falle auf einige Worte, die den Zweck des Arbeitsdienstes zu erläutern bestimmt sind, und zwar auf den Art. 1 Abs. 3 des Arbeitsdienstgesetzes, welcher lautet: „Der Arbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft erziehen.“ Der Arbeitsdienst sei, so heißt es in der Polenbundespresse, eine rein deutsche Angelegenheit. Nun ja: er ist eine genau so rein deutsche Angelegenheit, wie etwa das polnische Meer eine rein polnische Angelegenheit ist, trotzdem die Deutschen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Tschechen, Juden und Tataren in ihm dienen müssen. Wenn sich der Polenbund auf die These verläßt, daß deutsche, nationalsozialistische Einrichtungen, die vom Staat verfügt werden, die Angehörigen der polnischen Volksgruppe nichts angehen, dann könnte er diese These ja vielleicht auf die wehrgefehligen Bestimmungen anwenden, in denen sich wohl auch ein Passus finden läßt, der zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie im Falle des Erbfhof- und des Arbeitsdienstgesetzes veranlassen könnte. Es wäre reizvoll — weniger vielleicht für die Herren vom Polenbund — sich die weiteren Folgerungen einmal durchzudenken.

Man ist in der Dorotheenstraße wohl schon dahinter gekommen, daß die Haltung, die man in der Frage des Erbfhof- und des Arbeitsdienstgesetzes eingenommen hat, sich mit dem Erwerb des Reichsbürgerrechtes nicht vereinbaren läßt. Von maßgebender deutscher Stelle ist sofort nach Erlaß des Nürnberger Gesetzes über das Reichsbürgerrecht mitgeteilt worden, daß die Angehörigen des polnischen Volkspoliziers in Deutschland das Reichsbürgerrecht unter denselben Bedingungen wie die deutschen Volkstumsangehörigen erhalten werden. § 2 Abs. 1 des Gesetzes lautet: „Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutscher oder artoerwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.“ Das ist ein Passus, der völlig den Worten entspricht, die in den oben erwähnten Gesetzen von den Polenbunden beanstandet werden. Smogorzewski kommt in seinem Artikel auf diese Frage zu sprechen. Er verliert zunächst, daß die Polen in Deutschland auf die Quertennung des Reichsbürgerrechtes „vollen Anspruch“ hätten. „... weil sie Steuern zahlen und im Heere dienen, was Smogorzewski im Falle der Polen in Deutschland als einen ausreichenden Beweis lokaler Gesinnung erachtet. (Er sollte sich, ehe er sich noch einmal über derartige Dinge äußert, über die Anforderungen orientieren, die in Polen an die Loyalität der dortigen Deutschen gestellt werden!) Dann fährt er fort: „Wenn jedoch das Reichsbürgerrecht mit der Germanisierung erkauft werden soll, dann werden die Angehörigen der nationalen Minderheiten in Deutschland trotz der ehrenvollen Bezeichnung ihres Blutes als artoerwandt mit dem deutschen Blut lieber zusammen mit den Juden nur Reichsangehörige bleiben wollen.“ Das wäre in der Tat die logische Folgerung aus der bisherigen Haltung der Leiter des Polenbundes. Ob die Anhänger des Bundes derselben Auffassung sein werden, kann man freilich mit guten Gründen bezweifeln.

Smogorzewski behauptet, daß die Polen in Deutschland maßlos „mit Hilfe der imponierenden Mühle der nationalsozialistischen Organisationen“ assimiliert würden. Er sei in diesem Zusammenhange auf eine vor wenigen Jahren erschienene Schrift seines Landsmannes Stanislaus Los: „Die konstruktive Politik in Ostpolen“ verwiesen, in welcher dieser sich über den Begriff der Assimilierung folgendermaßen äußert: „Die Assimilierung ist niemals eine bewußte Tätigkeit des Assimilierenden, sondern ein unbewußter Prozeß, den der

Assimilierte durchläuft. Das Sichbefanntmachen mit einer fremden Sprache und Kultur ist ein großes Plus im Leben, das der Lohn einer gewissen, sich seiner Ziele bewußten, freiwilligen Anstrengung ist, dagegen niemals das Ergebnis eines Zwanges sein darf.“ Es wäre für die Herren vom Polenbund sicherlich nützlich, sich unter Benutzung dieses Urteils ihres Landsmannes über die Assimilierung einmal Gedanken zu machen. Auch Herrn Smogorzewski würde eine solche Ueberlegung über das freiwillige nationale Befennnis nichts schaden. Dr. K.

Die neue Regierung und die Nationaldemokraten

Früher, als der Marschall noch lebte, konnte man wohl mit einigem Recht davon sprechen, daß ein Regierungswechsel in Polen nicht viel mehr als „die Ablösung einer Wache“ bedeute; denn der maßgebende Faktor der zwölf Kabinete, die Polen seit dem November 1926 erlebte, blieb immer der Marschall. Zyndram-Kosciałowski ist nach mehr als neun Jahren der erste Regierungschef, der nicht von Willkür bestimmt worden ist; sein Kabinett ist das erste Kabinett des Staatspräsidenten. Es legt sich ausschließlich aus Männern zusammen, die sich als Willküranhänger bezeichnen; das schließt freilich nicht aus, daß die politische Richtung, die es vertritt, von derjenigen seiner Vorgänger abweicht. Diesmal ist mehr als bloß „eine Wache abgelöst“ worden. Die Oberstengruppe, die seit Jahren, seit dem Rücktritt des zweiten Kabinetts Bartel, den politischen Kurs Polens bestimmte, ist in den Hintergrund, um nicht zu sagen: in die Opposition gedrängt worden. Daß gerade aus der Oberstengruppe heraus Widerstand gegen die Aussetzung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten durch Ermächtigungsgesetz geleistet wurde, kennzeichnet die innerpolitische Situation, in der sich Polen seit der Regierungsumbildung befindet.

Die Nationaldemokraten bleiben zwar weiterhin in grundsätzlicher Opposition, aber sie haben keinen Anlaß, mit der neuen Regierung besonders unzufrieden zu sein, die unter den gegebenen Verhältnissen für sie das kleinste der möglichen Übel darstellt. In der neuen Regierung sind die Männer, die vom linken Flügel der Regierungslagers gehören, zu bestimmendem Einfluß gelangt. Deren Haltung gegenüber den oppositionellen Parteien ist weniger erschrocken als die der Oberstengruppe. Sie haben die Pflicht, die Verbindung zwischen der Regierung und dem Volk herzustellen. Verbindung mit dem Volk aber ist in der Praxis fast daselbe wie: Annäherung an die Opposition. Hierzu ist der Ministerpräsident Kosciałowski wohl der geeignetste Mann: Er ist erst ziemlich spät ins Willkürlager gekommen und besitzt früher her noch Beziehungen zu den in Opposition zur Oberstengruppe stehenden kleinbäuerlichen Parteien. Er gibt, ebenso wie der Landwirtschafsinminister Paciorek, der der neuen Regierung eine gewisse volksfreundliche Note. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß es den Endsinn gelingen wird, als Bartel wieder zur Geltung zu kommen. Aber es ist für sie sicher ein Trost, zu wissen, daß in der neuen Regierung auf sehr wichtigen Posten eine Reihe von Leuten sitzt, die in einer nach entsetzlicher Meinung ausschlaggebenden Frage, nämlich in der Einstellung zu Deutschland, den Auffassungen nicht allzu fern zu stehen scheinen, die etwa der „Kurier Poznański“ vertritt.

Da ist zunächst Miawski, der in der neuen Regierung als stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister die Leitung der Wirtschaftspolitik in der Hand hat: Als der eigentliche Schöpfer des Ökonomieplans hat er sich das Vertrauen derer erworben, die sich eine polnische Wirtschaftspolitik nicht anders als im Gegensatz zu Deutschland vorstellen können. Jedenfalls ist Kwiatkowski den Endsinn weit angenehmer als Maluszewski, der Finanzminister der Oberstengruppe. Auch dem neuen Handelsminister, General Górecki, bringen sie einiges Vertrauen entgegen; sie kennen ihn, wie auch die französische Presse hervorhob, als einen Mann, der sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Polnischen Frontkämpferverbandes

in ostentativer Weise um eine Wiedernäherung Polens an Frankreich bemüht hat. Da ist weiter noch Raczkiewicz, der neue Innenminister. Von ihm stellte der „Kurier Poznański“ mit befriedigtem Interesse fest, daß er kein Kampfpolitiker sei. Uebrigens wird er auch als Organisator und Leiter des Weltbundes der Polen von den Nationaldemokraten, trotz mancher Vorbehalte, mit einem gewissen Wohlwollen betrachtet. Als einen Erfolg ihrer politischen Ideologie können es die Nationaldemokraten weiter verbuchen, daß Janusz Jędrzejewicz, der ihnen, ebenso wie sein Bruder, wegen seiner scharfen Eingriffe in das Bildungswesen besonders verhaßt ist, nicht wieder, wie man ermartet hatte, zum Kultusminister ernannt worden ist. Und schließlich liegt es auch ganz im Sinne der Nationaldemokraten, wenn die neue Regierung, wie es den Anschein hat, den bisherigen Widerstand des Willkürsystems gegen die liberalen Herrschaftsansprüche abschwächt. Viel Aufsehen hat es erregt, daß der neue Ministerpräsident kürzlich den Kardinalprimas Słonkowski in Polen aufgesucht hat; — ein Willkür der Oberstengruppe hätte sich zu einem solchen Schritt schwerlich entschlossen.

Zwar sagt die nationaldemokratische Presse, daß das neue Kabinett noch keinen Schritt gemacht habe. Aber dieses, als Vorwurf gemeinte Urteil gründet sich in der Hauptsache darauf, daß der Außenminister Oberst Beda und der Justizminister Miawski nicht zu den Opfern der Regierungsumbildung gehören. Vor allem Beda, diesen typischen Repräsentanten der Oberstengruppe, empfinden die Nationaldemokraten als einen „Schönheitsfehler“ an dieser, ihnen sonst nicht durchweg unpopulären Regierung. Uebrigens sind mit der Mitte Oktober erfolgten Regierungsumbildung die Mischelungen weniger zahlreicher politischer Stellungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Zurückertritten ist z. B. auch der Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium, Siedlecki, ein Vertreter der Oberstengruppe, der durch den bisherigen Gesandten in Prag, Grzybowski, ersetzt worden ist. Weiter wird nach wie vor der Kandidat für den Bojemböden Czajkowski als aussichtsreicher Kandidat für einen Ministerposten genannt. Seine etwaige Berufung würde die den Nationaldemokraten genehme Tendenz der neuen Regierung verstärken.

Die Regierung Kosciałowski ist innenpolitisch gesehen, kein Kampfbündel. Sie kann das nicht sein, wenn sie ihre wirtschaftspolitischen Pläne durchführen will; denn hierzu ist sie auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Wirtschaftsfreien angewiesen, ob diese nun zum Regierungslager neigen oder zu den oppositionellen Parteien gehören. Die Kräfte, von denen die Opposition bisher mit eigener Hand zu Boden gedrückt wurde, sind jetzt durch Kreise ersetzt worden, deren politische Haltung den Nationaldemokraten die Aussicht eröffnet, daß ihre, die nationaldemokratischen Gedankengänge, sich wieder stärker in der polnischen Politik durchsetzen werden. Zwar ist kaum damit zu rechnen, daß Oberst Beda, wie die entsetzlichen Blätter es fordern, jezt endlich seinen „Arztum einsehen“ und ein „Schuldbekenntnis“ ablegen werde. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß Oberst Beda für seine Außenpolitik, die Polen zu dem Machtfaktor gemacht hat, es zu heute auf internationalem Gebiete darstellt, im neuen Kabinett nicht mehr den starken Rückhalt findet, der ihm früher am Marschall selber gewiß war. Er soll, einem Artikel des Straauer „Nowy Dziennik“ zufolge, die Einladung des Staatspräsidenten, auf seinem Posten zu bleiben, zu nützen

abgelehnt haben. Und kurz nachdem er sein Verbleiben im Kabinett dann doch zugestimmt hätte, wurde er krank.

Es ist fraglich, ob die mehr als reiferierte Einstellung zu Deutschland, die sich bei den meisten derzeitigen Regierungsgliedern feststellen läßt, das Schwergewicht der außenpolitischen Tatsachen wird aufheben können. Es gibt einige sehr wesentliche Momente, die auch einen weniger nüchtern denkenden Politiker als Oberst Bruck dazu veranlassen können, sich den außenpolitischen Grundansparungen der Nationaldemokraten zu widersehen. Ein Axiomchen von der Linie, die seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Pakttes verfolgt worden ist, würde auch heute noch einer

Rückkehr Polens in die Abhängigkeit von Frankreich gleichkommen. An der englischen Politik kann sich Polen wohl orientieren, aber es kann sich nicht auf sie stützen. Eine solche Stütze jedoch könnte die polnische Außenpolitik in dem Augenblick nicht mehr entbehren, in dem sie ihre vor Oberst Beck gegebene Verpflichtung zu Deutschland verändert und damit wieder, wie früher, u. U. die polnischen Befragten belastet. Die Wahrung, die Polen sich durch die Außenpolitik der letzten beiden Jahre trotz der Kritik, die die Nationaldemokraten an ihr üben zu müssen glauben, im Ausland erworben hat, wäre gefährdet, wenn Oberst Beck zurücktreten oder einem innerpolitischen Druck nachgeben müßte. Dr. K.

Nach den Memeler Wahlen

Wer es noch nicht gewußt haben sollte, warum am 29. September im Memelgebiet 24 deutsche und nur 5 litauische Kandidaten in den Landtag gewählt worden sind, der konnte sich im „Lietuvos Aidas“, dem halbamtlichen Blatt der litauischen Regierung, über die Gründe ganz genau unterrichten: Nicht die Litauer, sondern die Deutschen haben das Memelland terrorisiert; nicht Kaunen, sondern Berlin hat das Memelstatut dauernd verletzt; nicht die Roten, sondern die deutsche Propaganda hat die großlitauischen Bauern zum Aufruhr getrieben. . . . Man kann von intellektuellen Schwülpnern nicht erwarten, daß sie sich imstand sind in ein Mißgeschick fügen; sie werden sich immer und überall weigern, die Tatsache dieses Mißgeschickes anzuerkennen. Und man wundert sich schließlich auch gar nicht mehr, wenn der „Lietuvos Aidas“ zu dem „Erkenntnis“ kommt, daß das Ergebnis der Memelwahl für Litauen eigentlich doch eine „recht erfreuliche Erscheinung“ sei, da ja wenigstens 20 v. H. der Einwohner des Memelgebietes zuverlässige Kämpfer für Litauen sind, die ihr Vaterland unter keinen Umständen im Stich lassen werden.“

In Wirklichkeit hat freilich das Ergebnis der Memelwahl auf die litauische Desfinitivität ganz anders gewirkt, als es die regierungstreuen die andere Presse barfässh. In Wirklichkeit hat der Ausgang der Wahl die Position der Kaunener Regierung ganz empfindlich erschüttert. An der Kaunener Börse stürzten die Kurse, und die litauische Währung geriet in Gefahr. Am 1. Oktober führte die Regierung die Devisenparangung wirtschaftlich ein. Zugleich machten sich im Regierungslager Gegenläufe bemerkbar; die Militärs und die Zivilisten gerieten gegeneinander. Gerüchte über die Einrichtung einer Militärdictatur tauchten auf; und auf der anderen Seite war davon die Rede, daß eine Erweiterung der gegenwärtigen Regierung durch die liberale Partei der Christlichen Demokraten beabsichtigt sei. Dazu kam, daß im Lande an vielen Orten Unruhen herrschten; in Kaunen demonstrierten die Studenten gegen das neue Unruhlösungsgefes, das die Freiheit der Hochschule beschränkt, und in Nord- und Südlitauen flackerten von neuem die gegen die Städte und Juden gerichteten Bauernunruhen auf.

Zu diesen innerpolitischen Schwierigkeiten tritt noch die für die litauische Regierung ganz gewiß nicht erfreuliche Tatsache hinzu, daß sich namentlich die englische Desfinitivität seit den Wahlen vom 29. September mit den Briten in der Angelegenheiten der großen Politik zu eigen zu sein pflegt, mit der Memelfrage befaßt. Mehrmals ist in letzter Zeit diese Frage im Unterhaus Gegenstand der Debatte gewesen. Am 24. Oktober kam der konservative Abgeordnete hauptmann Cazalet auf der Memelfrage zu sprechen: „Heute ist im Memelland ein völlig künstliches Regime vorhanden. Wir müssen einsehen, daß es ein Fehler der Friedensverträge war, die 140 000 Einwohner des Memelgebietes, die 500 Jahre lang unter deutscher Herrschaft standen, unter die Souveränität eines fremden Staates zu stellen. Ich glaube ferner, daß es im Jahre 1924 ein Fehler der Alliierten und des Völkerbundes war, dem litauischen Staatsreich nachzugeben und ein künstliches Regime zu errichten. Es er scheint mir zur Lösung des Memelproblems für eine Reihe

von Jahren eine internationale Kontrolle notwendig, worauf man dann in neue Erwägungen eintreten und möglicherweise einen Völkerverscheid vornehmen könnte. Ich habe keine unrichtigte Persönlichkeiten getroffen, die die gegenwärtige Lage in Memel nicht für unmöglich hielt.“

Am Tage vorher hatte schon der britische Außenminister Sir Hoare zu der Memelfrage Stellung genommen. Wenn er in seiner Erklärung auch eine offene Kritik der gegenwärtigen Zustände im Memelgebiet vermied und einen gewissen Optimismus hinsichtlich der Wirksamkeit der formalen Aktionen der Memelregimatur zur Schau trug, so enthielt doch auch seine Erklärung eine sehr wohl verständliche Warnung an die Regierung in Kaunen, die vom litauischen Außenminister in Genf versprochenen Maßnahmen zur Sicherung der Autonomie sofort zu ergreifen. . . . Ich habe keinen Grund zu glauben, daß die Versicherung (unverzüglich nach den Wahlen ein Direktorium zu bilden, das das Vertrauen des Landtags gewirkt) nicht gehalten wird. . . . Die (britische) Regierung wird auch weiterhin die Lage im Memelland sorgsam beobachten und, wenn es notwendig sein sollte, weitere Schritte unternehmen.“

Die Frage ist nur, ob man in Kaunen sich schon genügend mit der britischen Diplomatenpresse vertraut gemacht hat, um aus den Parlamen und juristischhaltenden Formeln die ernst gemeinte Warnung herauszuhören zu können. Es besteht Anlaß, das zu bezweifeln. In der Memelpolitik Kaunens hat sich durchaus nichts geändert. Verhaftungen, Zerstörungen und Terrorakte werden nach wie vor aus dem Memellande gemeldet. Und vor allem werden Vorbereitungen getroffen, um trotz des Landtages, dessen Einberufung sich schließlich nicht endlos hinauszögern läßt, und trotz des deutschen Direktoriums, dessen Bildung sich schließlich nicht mehr umgehen läßt, die memellandische Selbstverwaltung zu sabotieren. Das Mittel, das Kaunen zu diesem Zwecke bereit hält, ist das Statutgericht. Dieses Statutgericht, das sich aus fünf unabhedigten Schörrichtern des Vorsitzenden, dem Rigoverkrieger und einem Richter des Obersten Gerichtshofs in Kaunen, einem Mitglied des litauischen Staatsrates und einem Kaunener Unruhlösungsbedogenen, zusammensetzt, soll nach dem Gesetz vom 13. März d. Js. das Recht haben, als einzige und höchste Instanz zu entscheiden, ob ein Gesetz der Zentralregierung oder des Memellandtags, bzw. ein Verwaltsungsakt der Zentralregierung oder des Gouverneurs dem Autonomie des Memelgebietes widerspricht. Was das in der Praxis für die Autonomie des Memelgebietes bedeutet, kann man sich denken. Der Landtag kann bestfiedigen, was er will; das Statutgericht wird jedes Gesetz, das den Litauern nicht paßt, als „im Widerspruch mit dem Memelstatut stehend“ bezeichnen. Das Direktorium kann gegen ein Gesetz der Zentralregierung oder einen Verwaltsungsakt des Gouverneurs Einspruch erheben; das Statutgericht wird die Gesetze und Verwaltsungsakte, die den litauischen Wünschen ungenehm sind, immer als „im Einklang mit dem Statut stehend“ hinstellen versehen. Es muß mit aller Schärfe folgendes festgestellt werden: 1. Durch die Einrichtung des Statutgerichtes macht sich die litauische Regierung ein entscheidendes rechtliche Funktion in Streitfällen zu, in

denen sie selber Partei ist; und 2, die litauische Regierung behandelt mit der Schaffung dieses Gerichtes die Signatarmächte einfach als nicht mehr vorhanden, denn die Funktion, die sie dem Gericht zuweist, hebt einzig und allein den Signatarmächten, bzw. dem von diesen angerufenen Saager Schiedsgericht zu. Es ist schwer zu glauben, daß die englische Regierung eine derartige Behauptung ohne weiteres hinnehmen wird. Der Pariser „Matin“ charakterisierte die litauische Politik kürzlich so: „Eine junge, schwache Nation hat notgedrungen eine primitive Politik, die man etwa mit derjenigen kleiner Kinder vergleichen kann, die mit ihrer Schwäche spielen.“ Man kann hinzufügen: Es gehört zu den altbewährten Erziehungsgrundsätzen, daß Kindern, die verbrecherische Anlagen vertragen, gelegentlich zu ihrem eigenen Besten eine gehörige Tracht Prügel verpaßt wird. Die Engländer haben sich im Verhältnis zu Völkern, die sich noch in den Kinderschuhen befinden, schon oft als gute Pädagogen bewährt.

Nach dem Aufsehen, das die Wahlen vom 20. September erregt haben, läßt sich die verlorene Behauptung vom „litauischen Charakter“ des Memellandes auch den schlechter unterrichteten Kreisen des Auslandes gegenüber kaum noch aufrechterhalten. Das hat man wohl auch in litauischen Regierungskreisen allmählich gemerkt. Es fällt jedenfalls auf, daß das nationale „Argument“, das bisher in der litauischen Propaganda eine erhebliche Rolle gespielt hat, seit den Wahlen fast in den Hintergrund gestellt und dafür das wirtschaftsgeographische „Argument“ mehr in den Vordergrund gerückt worden ist. Mit anderen Worten: Man operiert jetzt weniger mit der Behauptung vom „litauischen“ oder gar „ur-litauischen Charakter“ des Memelgebietes, dafür um so mehr mit der Behauptung, daß Litauen des Memeler Hafens als seines „Zuganges zum Meere“ und als eines „Wägens seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit“ dringend bedürftig. Derartige alberne Redensarten waren schon auf dem Festen des Meeres zu hören, die die litauische Regierung im vergangenen und in diesem Jahr inszeniert hat. Sie kommen einem merkwürdig bekannt vor.

Neu ist jetzt aber allerdings, daß das „Argument“ von dem angeblich lebensnotwendigen wirtschaftlichen Interesse am Memeler Hafen jetzt auch — auf Polen ausgedehnt wird. Diese Wendung der litauischen Argumentation ist sehr interessant. Es wird versucht, Polen in der Memelfrage als Bundesgenossen gegen das Deutsche Reich zu gewinnen. In der halbamtlichen „Gazeta Polska“ veröffentlichte vor kurzem der Raucener Vertreter dieses Blattes, Thaddäus Kotelbach, einen auffälligen Artikel herüber. Er schrieb u. a.: „Blötzlich ist die fast vergessene Frage wieder aufgetaucht: Polen und Memel... Durch diesen Hafen ging vor dem Kriege auf natürlichem Wasserwege der Holzhandel. Kein Wunder, daß Polen lange Jahre um die Garantierung der ihm zustehen-

den Rechte im Hafen von Memel gekämpft hat. Als Polen im Haag die Anerkennung seiner Forderung zu erreichen vermochte, hörte kein Interesse an diesem Problem vollständig auf. Die Litauer konnten triumphieren. Trotz der offensichtlichen Verluste, die ihnen daraus erwuchsen, ließen sie Polen nicht auf memelländisches Gebiet. Diese Selbstblöde war die wunderliche Form eines Krieges, der mit Polen um Litua gekämpft wurde. Heute, in der Zeit der deutsch-litauischen Spannung, erklären die Litauer, daß das damals alles hauptsächlich auf deutschen Einfluß zurückging... Jetzt, da sie begreifen, daß das Memelgebiet vom Deutschen Reich zurückerobert werden kann, behaupten sie plötzlich, daß derartige aggressive Absichten Deutschlands auf den Widerstand nicht nur der litauischen Völker und der Sowjetunion, sondern auch Polens stoßen müßten, für das die Rückkehr des Memellandes zu Deutschland einen erhöhten deutschen Druck auf den Korridor bedeuten müßte... Heute möchte uns Litauen besonders stark an diesem Problem interessieren. Wie sich die Zeiten doch ändern! Das Problem Polen und Memel wird aus der Vergessenheit gezogen durch die Hände derer, die es einstmals selbst begruben. Vielleicht wird es wieder lebendig.“

Einige Zeit vor den Wahlen, deren Ergebnis man in Raunen wohl schon ungefähr vorausgesehen hatte, traf der litauische Außenminister Lajonaitis in Genf mit dem polnischen Außenminister zusammen. Die Rolle des Vermittlers spielte dabei auf Grund des Riger Vorfalles im Namen der drei baltischen Länder der seitliche Außenminister. Ueber das Ergebnis der Unterredung ist außer einer Zweizeilennotiz nichts amtlich veröffentlicht worden. Gegenüber der Unterredung ist sehr wahrscheinlich das von Kotelbach getennzinnliche Problem Polen und Memel gewesen: Lajonaitis wird versucht haben, herauszubekommen, welche wirtschaftlichen und politischen Zugeständnisse Polen etwa bereit ist, sich im Interesse Litauens in der Memelfrage zu engagieren, falls bei einer Fortsetzung der litauischen Unterdrückungspolitik im Memelgebiet diese Frage international einmal grundtätig aufgerollt werden sollte. Kotelbach sagte zwar in seinem erwähnten Artikel, in Polen hätte man die ganze Angelegenheit schon vergessen gehabt. Doch ist es Kotelbach selber gewesen, der vor gar nicht so langer Zeit in der „Gazeta Polska“ den Litauern hat zu machen versucht, daß ihnen die Endentscheidung des Memelgebietes niemals gelingen werde, wenn sie sich dabei nicht der polnischen Hilfe bedienen. Der konservative „Czas“ hatte vor einiger Zeit einmal ganz deutlich gesagt, daß der Memelkonflikt eine deutsch-litauische Angelegenheit ist, die Polen überhaupt nicht interessiert. Da waren es nicht nur nationale demokratische Blätter, die gegen ihn den Vorwurf des „Berates an den baltischen Interessen Polens“ erhoben. So ganz hatte man die Angelegenheit in Polen also wohl doch nicht vergessen!

Die gute Behandlung

Das Vorstandsamt „ABC“ befaßte sich vor kurzem über die gute Behandlung der Deutschen in Polen. Polen, so schrieb das Blatt, habe auf die Entgung der deutschen Kolonisten, auf die Polonisierung seiner Besitzgebiete durch ein ausschließlich polnisches Schulwesen und auf die Nationalisierung seiner Schwerindustrie, die es in der Hand der deutschen Kapitalisten gelassen habe, verzichtet. Es hat wenig Zweck, sich mit diesen Behauptungen nähr auseinanderzusetzen. Es sei nur ganz nüchtern an Hand einiger Beispiele aus der polnischen Volksgruppenpolitik der letzten Wochen gezeigt, wie es um die gute Behandlung der Deutschen in Polen bestellt ist.

1. Nachdem sich im Laufe dieses Jahres schon einige ähnliche Fälle ereignet hatten, wurden am 7. Oktober die Eheleute Ferdinand und Anna Müller M in Altscharko, Kreis Wollstein, durch den Gerichtsvollzieher von ihrem 10 Morgen großen landwirtschaftlichen Besitz expropriert. Müller hatte das Grundstück im August 1922 gekauft; das Bezirksamt aber machte das Verkaufsrecht geltend mit dem Erfolg, daß im März 1929

der polnische Staatsrat als Eigentümer ins Grundbuch eingetragen wurde und dann im Mai 1934 das Polener Appellationsgericht die Räumung des Grundstückes durch die deutschen Besitzer verurteilte. Es wurde also jetzt wieder eine deutsche Familie von ihrem Grund und Boden vertrieben, den sie 13 Jahre lang bewirtschaftet hatte. Das „ABC“ aber schreibt, Polen habe „auf die Enteignung der deutschen Kolonisten verzichtet“.

2. Nachdem schon in den Monaten vorher eine ganze Reihe deutscher Schulen in Polen-Pommern geschlossen worden war, hat jetzt drei weitere deutsche Unterrichtsbetriebe dieses Gebietes daselbe Schicksal erlitten. Der seit 1925 bestehenden deutschen Privat Schule in Trzcionka, Kreis Neutomischel wurden ihre im staatlichen Schulbus gemieteten Räume genommen. Da andere geeignete Räume z. B. nicht vorhanden sind, wurde die Schule, die zuletzt von 27 deutschen Kindern besucht wurde, geschlossen. Ferner wurde der gleichfalls seit 1925 bestehenden deutschen Privatschule in Broniewo, Kreis Sohlenitz, ihr im ehemaligen staatlichen Schulgebäude gemietetes Klassenzimmer

versiegelt, mit der Begründung, „daß der Zustand des Gebäudes die öffentliche Sicherheit und der sanitäre Zustand des Klassenraumes die Gesundheit der sich dort aufhaltenden Kinder gefährde“. Vermutlich bleibt dabei, daß die deutschen Eltern für die nach dem behördlichen Gutachten doch anzuordnende schon recht baufällige Bude jährlich etwa 1000 Zloty Miete aufbringen müßten. Im Falle Broniewo haben 22 deutsche Kinder ihre Schullehrer verloren. Schließlich wurde auch die von mehr als 60 deutschen Kindern besuchte deutsche Schulklassen in Groß-Bösendorf, Kreis Thorn, von der polnischen Schulbehörde geschlossen. Die deutschen Kinder wurden auf die polnischen Klassen der dortigen staatlichen Schule verteilt. Rechnet man die im Monat September bereits gesperrten deutschen Schulen und Schulklassen hinzu, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das Deutschtum in Posen-Brommerellen mit dem Beginn des neuen Schuljahres wiederum sechs Unterrichtsbetriebe, die zuletzt von etwa 200 Kindern besucht wurden, eingebüßt hat. Das „ABC“ aber schreibt, Polen habe „auf die Polonisierung des Schulwesens seiner Bezugsgebiete verzichtet“.

3. Am 14. und 15. Oktober fand in Krakau die 15. Jahresversammlung des Verbandes der Schlesischen Aufständischen statt. Bei dieser Gelegenheit sprach auch der Katowitzer Wojewode Gragnanitz: „Wenn ich noch neun Jahren der Amtsführung in Schlesien im Besitze zurückschauen und die Gesamtheit aller Ereignisse betrachte, so stelle ich mit Bewunderung fest, daß das Programm, das ich in meiner ersten Katowitzer Rede im Jahre 1926 umrissen habe, mit voller Konsequenz ausgeführt worden ist.“ Das Programm, das Gragnanitz damals veränderte, war die restlose Entbeugung der östereichischen Industrie. Daß dieses Programm auch heute noch seine volle Gültigkeit hat, ist auf der Krakauer Tagung noch einmal in einer der Entschlüsse festgelegt worden, die sich mit den Aufgaben und Zielen des Aufständischenverbandes befassen: die vierfache Entschlüsselung hat folgenden verbindlichen Wortlaut: „Schlesien macht gemeinsam mit der Republik Polen eine auerbergreifende Krise durch. In unserer Provinz befindet sich die Schlüsselstellung der polnischen Industrie, die von höchster Bedeutung für die Verteidigung des Gesamtstaates ist. In dem wir an die vorangegangenen Entschlüssen in dieser Frage anknüpfen, fordern wir einerseits für unsere Arbeitskräfte sorgfältige Fürsorge, andererseits aber konsequente Durchführung der Rationalisierung des Kapitals in Schlesien und Polonisierung seines Verwaltungsapparates.“ Das „ABC“ aber schreibt, Polen habe „auf die Rationalisierung der Schwerindustrie dieses Gebietes verzichtet“.

4. In letzter Zeit werden in allen größeren östereichischen Industrieunternehmungen „Bereine der polnischen Beamten“ ins Leben gerufen. Der § 3 Abs. b der Satzungen dieser Vereine besagt, daß nur der Mitglied wer-

den darf, der auf dem Aufnahmeformular durch eigenhändige Unterschrift die Versicherung abgibt, daß er keiner staatsfeindlichen oder deutschen Organisation angehöre. Im § 4 Abs. d wird es als die Pflicht jedes Mitgliedes bezeichnet, seine Kinder und Schulpflichtigen in polnische Schulen zu schicken und bei Bekannten und Verwandten in dieser Richtung aufrührend zu wirken. Im § 4 Abs. e wird es als selbstverpflichtende Pflicht jedes Mitgliedes bezeichnet, daß es keine deutschen Gottesdienste besucht und sich ausschließlich der polnischen Sprache bedient. Schließlich wird durch § 4 Abs. f jedes Mitglied verpflichtet, keine in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitschriften zu abonnieren. Die Parole liegt so aus: Wer von den Beamten und Angestellten der östereichischen Industrie sich weigert, dem in seinem Unternehmen bestehenden „Berein der polnischen Beamten“ beizutreten, läuft Gefahr, wegen staatsfeindlicher Gesinnung entlassen zu werden; denn im § 3 Abs. b wird ausdrücklich staatsfeindliche Gesinnung und Zugehörigkeit zu einer deutschen Organisation auf eine Stufe gestellt. Wer aber, um seine Stellung nicht zu verlieren, einem „Berein der polnischen Beamten“ beitrifft, muß sich verpflichten, seine Kinder in polnische Schulen zu schicken, gegen das Deutschtum zu agitieren und sich in jeder Hinsicht als polnischer Chauvinist zu betätigen. Es heißt also: Werde polnisch oder verreck! Das „ABC“ aber schreibt in dem eingangs erwähnten Artikel: „Die Deutschen in Polen ... genießen in wirtschaftlicher Hinsicht ganz dieselbe Behandlung wie die übrigen Staatsbürger, und sie befinden sich, da sie noch durch ihre eigenen Organisationen unterstützt werden, gegenüber den Polen in einer besseren Lage.“

5. Als Beispiel dafür, wie sich die systematische Entdeutschung der einzelnen Industrieunternehmen in der Reihe Gragnanitz vollzieht, sei die Katowitzer Magrube erwähnt. Dort wurde mit der „Reorganisation“ im Jahre 1933 begonnen. Im Laufe der Zeit wurden mit der Begründung, daß geparkt werden müsse, sämtliche deutschen Beamten bis auf zwei, einen Werksmeister und den Leiter des Rechnungsbüros, von der Grube entlassen. Zum Teil wurden sie zunächst in einem anderen Betrieb untergebracht, von dem sie dann nach einiger Zeit endgültig auf die Straße geworfen wurden. Vor kurzem wurde nun auch den letzten beiden deutschen Beamten der Grube gekündigt. An die Stelle der Entlassenen sind durchweg polnische Kräfte getreten, die größtenteils erst aus anderen Gebietsstellen herbeigeholt werden mußten. Auch mehrere deutsche Arbeiter der Magrube wurden auf Betreiben eines aufständischen Hauptlings kürzlich aus ihrer Arbeitsstelle verdrängt, mit der Begründung, sie hätten von einem verstorbenen Arbeitssamaranerden am Grab mit dem deutschen Gruß Abschied genommen und damit ihre staatsfeindliche Gesinnung bewiesen. Das „ABC“ aber beschwert sich über die gute Behandlung der Deutschen in Polen...

Ostland-Chronik

„Wozd Niemiec“

Unter diesem Titel („Deutschlands Führer“) ist jetzt die erste Biographie des Führers in polnischer Sprache erschienen. Das mehrere hundert Seiten umfassende, gut ausgestattete Werk von Heinz A. Heinz, das bereits in englischer Sprache eine beträchtliche Auflage erlebt hat, ist von J. Janiewicz-Warschau ins Polnische überetzt worden. Es ist im Verlag A. Ditmann-Bromberg erschienen.

Ein Denunziator wurde erschossen

Im Jahre 1907 wurde der damalige Kampfgruppenführer der Polnischen Sozialistischen Partei, Montwill-Mirecki, von den russischen Polizei verhaftet und bald darauf hingerichtet. Der Mann, der ihn bei der Gendarmarie denunziert hatte, hieß Sas-Hurewicz. Dieser ging später ins innere Rußland, hielt sich dort auch nach dem Kriege noch einige Zeit verborgen, kam dann aber nach Polen zurück und erhielt sogar eine Stellung bei der Warschauer Eisenbahndirektion. Dort wurde er im Jahre 1933 von alten Kameraden Montwill-Mireckis als ehemaliger Spion erkannt. Er wurde

entlassen. Ein Verfahren konnte wegen Verjährung gegen ihn nicht mehr durchgeführt werden. Jetzt hat ihn, nach 28 Jahren, das Schicksal ereilt, das früher oder später einmal allen Verurteilten beschieden ist: In Szardow wurde er auf offener Straße erschossen. Zufall oder Uflichkeit: Die Straße, auf der das geschah, trägt den Namen Montwill-Mireckis. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Ein kommunistischer Heher verurteilt

In Zusammenarbeit mit den deutschen und den Danziger Behörden ist es vor kurzen der polnischen Polizei gelungen, den Organisator der kommunistischen Partei Polens unschädlich zu machen. Der Jude Alfred Lampe wurde vom Politbüro im Jahre 1933 nach Polen geschickt, um dort die Partei, die nicht recht vorwärts kommen konnte, neu aufzurichten. Lampe hatte sich schon seit 1920 jahrelang in Polen als kommunistischer Heher betätigt, hatte dort auch schon einmal ein Jahr lang im Gefängnis gesessen, ohne daß die polnische Polizei freilich abnte, wer da von ihr gefangen worden war. Jetzt wurde der Jude Lampe zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, und zwar auf

Grund des Art. 98 des polnischen Strafgesetzbuches, der „Verbindungen mit internationalen Organisationen oder mit Personen, die im Interesse eines fremden Staates tätig sind, mit dem Ziel eines gewalttätigen Umsturzes der Staatsordnung“ unter Strafe stellt. Es ist das erstmalig, daß dieser Artikel des Strafgesetzbuches zur Anwendung gekommen ist.

Ermäßigte Pässe — aber nur für den Luftverkehr

Auf Grund des deutsch-polnischen Touristenabkommens hat die polnische Regierung beschlossen, ein Kontingent von ermäßigten Ausreisepässen für den Luftverkehr nach Deutschland auszugeben. Es ist daran gedacht, Zugausflüge von Warschau nach Berlin mit einem dreitägigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt zu veranstalten. Diese Neuerung im deutsch-polnischen Touristenverkehr soll bereits im November eingeführt werden. Als eine Lösung der seitigen Passfragen kann man das schwerlich bezeichnen.

Aufkündigung der Danziger Landespolizei

Am Tage der Separation des Danziger Senats wird mit Wirkung vom 30. November 1935 die Danziger Landespolizei aufgelöst. Ein Teil der freierwerbenden Mannschaften wird in die Schutzpolizei übernommen, dem Rest wird nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen das Dienstverhältnis gekündigt.

Ein Reichsdeutscher aus Polen ausgewiesen

Das Warschauer Innenministerium hat, einer Nachricht des „Dziennik Wpobolki“ zufolge, trotz der Intervention der deutschen Konsularvertretung dem Direktor der Zuckerfabrik in Wielno, dem Reichsdeutschen Schraeffel, die Verlängerung der am 22. Oktober abgelaufenen Aufenthaltsgenehmigung verweigert. Schraeffel ist damit aus Polen ausgewiesen. Als Grund gibt das genannte Blatt die „polenfeindliche Haltung“ Schraeffels an. Worin diese bestanden haben soll, wird natürlich nicht mitgeteilt. Vermutlich wußte das Blatt selber nicht, was es auf eine dahin gehende Frage antworten sollte.

Zuerkennung für treue Dienste

Für die sprichwörtliche Lebensmüdigkeit, mit der in Polen die nationalen Minderheiten behandelt werden, ein Beispiel aus der Königshütte. Dort ließ der Betriebsinspektor einen deutschen Aufseher, der aus dem Turnusurlaub zu seiner Arbeitsstelle zurückkehrte, zu sich kommen und erklärte ihm, er könne wohl weiterbeschäftigt werden, aber nur als einfacher Arbeiter; man könne über den Fall aber noch reden, wenn er, der Aufseher, seinen Sohn aus der deutschen Schule herausnehmen und in eine polnische Schule schicken wolle. Der Deutsche, dem der polnische Betriebsinspektor diesen Vorschlag zu machen wagte, ist seit 43 Jahren in der Friedenshütte beschäftigt, seit 24 Jahren als Aufseher; er hat in diesem Werk mehrere schwere Unfälle erlitten; im Jahre 1930 hat er vom damaligen Handelsminister Kwiatkowski eine Ehrenurkunde und Geldentmünze erhalten; zwei seiner Söhne dienen zur Zeit im polnischen Heer.

Ergänzung des deutsch-polnischen Sozialabkommens

Am 1. September 1933 trat das deutsch-polnische Sozialversicherungsabkommen in Kraft, das die Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in Krank-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, Angehörigen- und Knappschaftsversicherung regelt. Im Laufe der Zeit haben sich nun verschiedene Änderungen und Ergänzungen des Abkommens als notwendig erwiesen. Am Mai d. J. fanden daher zwischen den zuständigen deutschen und polnischen Ministerien Besprechungen statt, in denen die Bestimmungen des Abkommens auf den erforderlichen Stand gebracht wurden. Die Änderungen und Ergänzungen sind nunmehr, rückwirkend vom 1. Juli d. J., in Kraft gesetzt worden.

Wegen Beleidigung des Führers verurteilt

Der verantwortliche Schriftleiter der „Polonia“, des katholischen Koranthe-Blattes, Wufelmitz, wurde wegen Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes zu einem Monat Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. — Wegen desselben Vergehens sah kürzlich auch wieder einmal der berühmte Emigrantenliterat Arthur Trundhardt, der Schriftleiter der Meritaten „Katho-

lichen Volkszeitung“ in Agbnik, auf der Anklagebank. Er wurde wegen besonders überheblicher gegen den Führer zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil hat sowohl der Staatsanwalt wie der vor Gericht sehr dreist auftretende Hegec Einspruch erhoben. — In Danzig wurde der verantwortliche Schriftleiter Bernmann der jüdischen Wochenchrift „Das Danziger Echo“ wegen eines Artikels, der grobe Beleidigungen des Führers enthielt, verhaftet. Der Gründer dieses Blattes, der Jude Lewy, war bereits vor längerer Zeit aus Danzig ausgewiesen worden. Es ist bezeichnend für das Bestreben der Polen, sich in Danziger Angelegenheiten zu mischen, daß sich die diplomatische Vertreter Polens, die „Der Danziger Vorposten“ berichtet, für den jüdischen Schmierintendanten Bernmann, weil dieser polnischer Staatsangehöriger ist, bei den Danziger Amtsstellen verwandt hat, um dessen Haftentlassung zu erreichen!

Ehrengabe für Dr. Goebbels

Der polnische Botschafter Lipiski stattete am 25. Oktober in Begleitung des polnischen Professors Treter, der die polnischen Kunstausstellungen in Berlin, München usw. organisiert hat, dem Reichsminister Dr. Goebbels einen Besuch ab. Er überreichte Dr. Goebbels als Ausdruck des Dankes für die Unterstützung, die dieser den polnischen Ausstellungen zuteil werden ließ, eine Ehrengabe in Form einer Prachtausgabe über die Werke des polnischen Malers Wypianiski.

Eine sonderbare Begründung

Ein Biagostoker Kino hatte im Jahre 1933 mit der Ufa einen Vertrag über die Aufführung eines Films abgeschlossen und als Anhangung einen Wechsel über 400 Zloty gegeben. Später weigerte sich das Kino, den Wechsel einzulösen. Begründung: Der Biestmarktverein habe den Postort deutscher Filme verboten und damit die Aufführung des betreffenden Bildstreifens verhindert. Was nach einiger Zeit die Aktion des Biestmarktreueins abgeblieben wurde, weigerte sich das Kino trotzdem, die Schuld zu begleichen. Begründung: Die Juden hätten den Postort deutscher Filme erklärt. Es kam zum Prozeß; das Gericht lehnte die Beweisführung der Ufa ab. Begründung: Postort ist höhere Gewalt. Dem Krakauer „Kurier“, der diese Meldung brachte, scheint gar nicht aufgefallen zu sein, daß die gerichtliche Dohnamtsurteilung geeignet ist, Zweifel an der Charakterstärke gewisser polnischer Kreise zu wecken.

Polnisches Militärflugzeug abgeflammt

Am 22. Oktober, um 21.15 Uhr, ist ein polnisches Militärflugzeug des Fliegerregiments 3 Polen mit zwei polnischen Offizieren bei Striegowitz (Kreis Neumarkt) abgeflammt und völlig zerstört worden. Die Offiziere retteten sich mit dem Fallschirm und blieben unverletzt. Das Flugzeug war in Polen zu einem Nachübungsflug gestartet und hatte bei Ostrowo die Orientierung verloren. Die Insassen verließen das Flugzeug, als der Brennstoff zu Ende war und sie in der Finsternis kein geeignetes Gelände fanden, mit dem Fallschirm.

Ein Danziger Polenführer gestorben

Am 21. Oktober starb in Danzig im Alter von 78 Jahren der erste und älteste Führer des Danziger Polenums, Josef Czajewski. Seit 51 Jahren stand Czajewski im öffentlichen Leben. Er gehörte zu den Gründern der polnischen Volksovereine, Gemerkschaften und Sokols in Danzig. Vor 45 Jahren rief er die erste polnische Zeitung in Danzig, die „Gazeta Gdanska“, ins Leben, die bis vor einigen Jahren bestand. (Das heute unter diesem Namen erscheinende Blatt wird in Thorn als Kopieblatt des „Dziennik Pomorski“ herausgegeben, beschäftigt sich zwar viel mit Danziger Fragen, ist aber nicht als Danziger Blatt zu bezeichnen.) Während der letzten Jahre geriet Czajewski in einen immer härter werdenden Gegensatz zu den neuen Führern der Danziger Polen, mit deren politischen Anschauungen er sich nicht einverstanden zu erklären vermochte. Die heftigen Angriffe, die von dieser Seite gegen ihn gerichtet wurden, veranlaßten ihn kurz vor seinem Tode dazu, seine Ehrenämter in den polnischen Organisationen der Freien Stadt Danzig niederzulegen.

Ein Oberösterreich-Leppich

In der ländlichen Ausstellung, die die R.S.-Kulturgemeinde in ihrem Saale in Berlin veranstaltete, wurde kürzlich ein eigenartiges Meisterstück der Nymphenburger Gobelinsweberei gezeigt. Im Vorraum der Ausstellung war ein neun Meter breiter und vier Meter hoher Wandteppich ausgelegt, der eine in Gobelinsweberei ausgeführte Landschaft von Oberösterreich zeigt. Auf silbernem Grunde ist in zarten Tönen das Landschaftsbild von Oberösterreich vielfarbig dargestellt. Die Zusammenstellung der Farben bot große Schwierigkeiten und konnte nur durch besonderes Einfärben des Webmaterials erreicht werden. Für die abgetrennten Gebiete sind etwas tiefere Töne gewählt. Den seitlichen Abschluss bilden die Wappen der oberösterreichischen Kreisstädte. Ein halbes Jahr lang hat man an diesem Kunstwerk gearbeitet; 14 000 Arbeitsstunden sind erforderlich gewesen. Der Gobelins ist in drei Teilen hergestellt und dann zusammengelegt worden. Entworfen wurde er von dem Breslauer Kunstmaler Peter Kosowski. Er ist bestimmt für den Sitzungssaal des Regierungsgebäudes in Oppen und wird in seiner Farbenpracht erst dort zur vollen Geltung kommen.

14 Jahre Herder-Institut in Riga

Die private deutsche Hochschule in Riga, das Herder-Institut, konnte auf eine 14jährige erfolgreiche Tätigkeit als Lehr- und Forschungsanstalt in Lettland zurückblicken. Aus fleißigen Anfängen hat sich dieses Institut zu einem Mittelpunkt des deutschen kulturellen Lebens in Lettland entwickelt. In den letzten zwei Semestern wurde das Herder-Institut von zusammen 423 Studenten und 219 freien Hörern besucht. Am Institut sind neben 32 deutsch-baltischen Lehrkräften lettlandischer Staatsangehörigkeit auch neun reichsdeutsche Professoren tätig.

Melie der jüdischen Telegraphenagentur

Die jüdische Telegraphenagentur wollte, nach alter jüdischer Art, für die Sache der Juden prominente Vertreter des Gastvolkes einspannen. Zu diesem Zwecke veranstaltete sie eine Rundfrage, in der sie zu einer Stellungnahme zu den Nürnbergger Gesetzen aufforderte. Statt der erhofften Antworten erhielt sie Misslagen. Der frühere Ministerpräsident Bartel teilte z. B. in einem Brief an die Agentur mit, daß er sich zu politischen Fragen öffentlich überhaupt nicht äußere, da er sich „aus dem

politischen Leben zurückgezogen habe“. Der Präsident der polnischen Akademie der Wissenschaft, Stanislaw Broblewski, antwortete noch kürzer, daß er die Wünsche der jüdischen Agentur nicht erfüllen könne. Ebenso sagte Prof. Edwardowski von der Universität Warschau glatt ab. Bemerkenswert ist, daß es sich bei den genannten Persönlichkeiten keineswegs um Freunde Deutschlands handelt. Worauf die jüdische Agentur sich vermutlich an Heinrich und Thomas Mann wenden wird.

Deutsche Konsumgenossenschaft unter polnischer Leitung

Die Vereinigte Königs- und Laurahütte unterhielt vor Jahren für ihre Angestellten einen Konsumverein, der 1924 wegen zu hoher Belastung der Gesellschaft liquidiert werden mußte. Nach längeren Verhandlungen gelang es damals einigen Angestellten, den Konsumverein in eigener Regie weiterzuführen. Unter sachkundiger Leitung entwickelte sich der Verein zu einem ansehnlichen Unternehmen. Es wurden mehrere Filialen eröffnet und einige Grundstücke erworben; eine eigene Bäckerei wurde errichtet und eine eigene Sparte ins Leben gerufen. Politik hat es bis vor kurzem im Anstelltenkonsum, dessen Mitglieder zu etwa 80 v. H. Angehörige der deutschen Volksgemeinschaft sind, nicht gegeben. Es blieb erst einer kleinen Gruppe Landfremder Elemente vorbehalten, auch hier Unruhe und Zwietracht zu stiften und zu ernten, wo sie nicht gefast haben. Sie haben ihr Ziel erreicht: In ihrer Hand liegt heute die Leitung der Konsumgenossenschaft, unter deren Mitglieder sie nur eine verschwindende Minderheit bilden, der sie erst seit kurzem angehören, für die sie nichts geleistet haben, und in die sie zum Teil noch nicht einmal ihre Genossenschaftsteile voll eingezahlt haben. In einer Generalversammlung, die am 29. September stattfand, sahen sich nämlich zum ersten Mal der Druck dieser rabiaten Heher, die sich zu ihrer Unterstützung einen Haufen von Nichtmitgliedern zur Verarmung mitgebracht hatten, mehrere deutsche Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder zum Rücktritt gezwungen. Daß dieser Wechsel in der Leitung unter Bruch der Statuten erfolgt ist, spielt im Arbeitsbereich des Wojewoden Gragnycki keine Rolle. In der Verarmung vollführte die polnische Minderheit, die z. T. in der Uniform des Aufständischenverbandes erschienen war, einen ohrenbetäubenden Lärm, als wieder — wie seit elf Jahren — in deutscher und polnischer Sprache verhandelt werden sollte.

Der Riß an der Olsa

Die polnisch-tschechischen Beziehungen haben sich in letzter Zeit ungewöhnlich verschärft. Die tiefere Ursache des Gegenjages zwischen Warschau und Prag liegt offenbar darin, daß die Leichener Frage für Polen nicht nur eine Angelegenheit der im Währisch-Osttrauer Gebiet lebenden polnischen Volksgemeinschaft, sondern letzten Endes eine territoriale Revisionsfrage ist. Der Riß an der Olsa kauft wieder auf. Unverkennbar ist, daß das polnisch-tschechische Verhältnis im Schatten des Prager Bündnisses mit der Sowjetunion steht, daß also die polenfeindliche Politik der Prager Regierung in den größeren Rahmen des bolschewistischen Vorstoßes nach Mitteleuropa gehört. Diese Zusammenhänge und Hintergründe werden von polnischer Seite bisher nicht immer mit der wünschenswerten Klarheit erkannt. Die stilistischen Uebungen, in denen sich die polnische Presse in ihren Berichten über das Schicksal der Währisch-Osttrauer Polen ergeht, und die genormten Proteste, mit denen gewisse polnische Organisationen auf den Gegner Eindruck zu machen versuchen, werden der politischen Bedeutung des Konfliktes mit Prag nicht gerecht. Auch daß es die für die öffentliche Meinungsbildung in Polen verantwortlichen Faktoren im allgemeinen vermeiden, über den tschechischen Vernichtungskrieg gegen die dreieinhalb Millionen Sudetenpolen zu sprechen, demgegenüber die Vrangfaltung der einigen zehntausend Polen doch nur ein Kinderpiel ist, zeugt von einem mangelhaften Verständnis völkischer und außenpolitischer Fragen.

Die polnisch-tschechischen Auseinandersetzungen, die sich bisher in der Hauptsache in Zeitungsaufleisern, Verarmungsbreden und Straßendemonstrationen abspielten, sind jetzt auch auf außenpolitisches Gebiet übergesprungen. Mitte Oktober wurde dem polnischen Generalkonsul in Währisch-Osttrau, Alexander Klob, von der Prager Regierung das Exequatur entzogen. Auch schon sein Vorgänger, Leon Malchomme, mußte unter ähnlichen Umständen diesen Posten verlassen. Damals aber war die Zurückziehung noch auf Ersuchen der Prager Regierung durch die Warschauer Regierung selber erfolgt. Diesmal dagegen wurde die Entziehung der Amtsbefugnis von tschechischer Seite ohne jede vorherige Verständigung der Warschauer Regierung verfügt. Die „Polska Zbrojna“ bemerkt hierzu u. a.: „Daß zwei Generalkonsulen im Laufe weniger Monate den gleichen diplomatischen Posten unter den unerquidlichsten Umständen verlassen müssen, ist ein Vorfall, den die Geschichte der Nachkriegsdiplomatie nicht kennt. Die Tatsache, daß es sich nicht um zwei exotische, sondern um zwei in Mitteleuropa gelegene Staaten handelt, die unter derartigen Begleitumständen miteinander verkehren, kennzeichnet schlaglichtartig das polnisch-tschechische Verhältnis und die Bedeutung, die diesem Fall für die gesamten europäischen Beziehungen zukommt.“

Von tschechischer Seite wird das Vorgehen gegen die polnischen Generalkonsulen in Währisch-Osttrau damit begründet, daß diese sich in ungebührlicher und die Sicher-

heit des tschechischen Staates gefährdender Weise in die Angelegenheiten der tschechischen Staatsbürger polnischer Nationalität eingemischt hätten. Von Klob wird z. B. behauptet, er hätte gelegentlich einer Gedächtnisfeier am Grabe der bei Teschen abgestürzten polnischen Flieger Zwirto und Wirgura der Tschechei die polnische Rache und die Vorrückung des Tschecher Gebietes angekündigt. Demgegenüber wird in einer Vertaubarung des Warschauer Außenministeriums darauf verwiesen, daß zwischen Polen und der Tschechei seit 10 Jahren ein Abkommen besteht, in dem sich die beiden Staaten den Schutz der beiderseitigen Volksgruppen zugesagt haben, und daß es zu den Amispflichten des polnischen Generalkonsuls in Mährisch-Odrau gehöre, über die Durchführung dieses Abkommens zu wachen und sich über die Lage der Polen im Tschecher Gebiet zu unterrichten. (In dem Abkommen vom 23. April 1925, das hier gemeint ist, ist zwar von einer Gemischten Kommission und einem Schiedsgericht, nicht aber von einer Aufsichtsbefugnis des polnischen Generalkonsuls in Mährisch-Odrau die Rede.)

Die polnische Regierung hat, als Antwort auf das tschechische Vorgehen, am 18. Oktober zweien von den in Polen tätigen tschechischen Konsulen, und zwar den Konsulen in Kratau und Posen, die Ausübung ihrer Amtstätigkeit mit sofortiger Wirkung verboten. Sie hat dabei betont, daß sie gegen die betreffenden Konsulen selbst keine Vorwürfe erhebe, daß es sich vielmehr um eine Vergeltungsmäßnahme handle. Das polnische Generalkonsulat in Mährisch-Odrau wird, ebenso wie die beiden tschechischen Konsulate in Posen und Kratau, bis zur Beilegung des Konfliktes unbesetzt bleiben. Da die Prager Regierung auf die polnische Vergeltungsmäßnahme nicht in der von Warschau angedehnten erwarteten Weise geantwortet hat, ging die polnische Regierung am 23. Oktober noch einen Schritt weiter: Sie beschloß, ihren Prager Gesandten Grzybowski abzuberufen und den Posten vorerst unbesetzt zu lassen. Formell wurde die Abberufung mit der Ernennung Grzybowski zum Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten begründet. Praktisch aber handelt es sich um eine weitere Demonstration gegen Prag. Da auch der tschechische Gesandtenposten in Warschau

bereits seit Monaten unbesetzt ist, sind die beiden Regierungen zur Zeit nur durch Geschäftsträger bei einander vertreten. Dieser Zustand streift hart an die Grenze des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen. Die bolschewistischen Manieren der Prager Regierung haben Warschau zu der Ueberzeugung gebracht, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Möglichkeit der Aufrechterhaltung enger nachbarlicher Beziehungen zum tschechischen Staat nicht mehr gibt. Es ist freilich fraglich, ob diese Maßnahme, die eine Demonstration der Mißachtung sein soll, gegenüber einer Regierung zum Erfolg führen wird, deren Außenminister sich in der Rolle eines bolschewistischen Zuhälters anziehend recht wohl fühlt.

Daß sich die Prager Regierung schließlich bereit erklärt hat, den Konflikt einem internationalen Schiedsgerichtsvorfahren zu unterbreiten, kann durchaus nicht als ein Beweis ihrer Verständigungsbereitschaft gelten. Dieses scheinheilige Anerbieten ist im Gegenteil ein Versuch der Prager Regierung, sich der Verantwortung zu entziehen. Denn erstens würde sich ein derartiges Verfahren vermuthlich geraume Zeit hinziehend und der Prager Regierung noch reichlich Gelegenheit geben, ihre Unterdrückungspolitik gegenüber den Polen des Mährisch-Odrauer Gebietes fortzuführen. Und dann kann die Prager Regierung auch sicher sein, daß ein solches Verfahren zu ihren Gunsten ausgehen würde, — nicht etwa, weil sie wirklich im Recht ist, sondern weil sie im Schiedsgericht aller Wahrscheinlichkeit nach die stärkere Partei sein würde. Sie hat in dem Konflikt mit Polen nicht nur die Bolschewisten, sondern auch Frankreich und Rumänien auf ihrer Seite. Ein Schiedsgerichtsvorfahren wäre für sie ein ungefährliches Experiment. Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß die polnische Regierung wenig Lust verspürt, sich dem Urteil einer Anstalt zu unterwerfen, die höchst wahrscheinlich von vornherein parteiisch gegen Polen eingestellt ist. Es handelt sich hier nicht um einen Minderheitskonflikt, sondern um eine außenpolitische Auseinandersetzung. Der Punkt, an dem die Warschauer Regierung in dieser Auseinandersetzung in einer für den tschechischen Gegner höchst unangenehmen Weise einsehen kann, ist die slowakische Frage.

Das Straßentwesen in Polen

In Warschau fand im September eine große Straßenbau-Ausstellung statt. Deren Trägerin war die polnische Straßenbau-Bereingung (Liga Drozowa). Zweck der Ausstellung war, für den Ausbau des Straßennetzes und die Motorisierung in Polen zu werben. Die Möglichkeit einer solchen Werbung, die sich vor allem die Liga Drozowa zum Ziel gesetzt hat, läßt sich nicht bestreiten. Denn das polnische Straßentwesen befindet sich zur Zeit noch in einem geradezu befahrgewerten Zustand. Ganz abgesehen davon, daß es in weiten Landesteilen Mittel- und Ostpolens noch nahezu völlig an einigermaßen brauchbaren Straßen fehlt, entprechen auch die vorhandenen Hauptstraßen erst zum Teil den Anforderungen des modernen Verkehrs. Bis hier sind in Polen seit der Wiederaufrichtung des Staates nur in verhältnismäßig geringem Maße neue Straßen angelegt worden. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichten, vor allem während der ersten Jahre, nicht einmal aus, um das durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogene Straßennetz Mittel-, Ost- und Südpolens wieder instanzzusetzen. Auch während der ersten Jahre des Pilsudskiregimes wurde dem Ausbau des Straßennetzes nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die vorhandenen Mittel wurden allzu stark für die Zwecke der militärischen Rüstung, des Baues verschiedener Eisenbahnteile und namentlich des Ödingeren Hajenbaus in Anspruch genommen.

Bis zum Jahre 1931 wurden Bau und Unterhaltung der unter staatlicher Aufsicht stehenden Straßen aus Mitteln des Staatshaushaltes finanziert. 1931 wurde

dann der „Straßenfonds“ geschaffen, der durch eine Kraftfahrzeugsteuer gespeist wird. Die Hoffnungen, die man auf diesen Fonds gesetzt hatte, erfüllen sich nicht. Die geringe Zahl der in Polen vorhandenen Kraftfahrzeuge war nicht infolgedessen, Steuern in der erforderlichen Höhe aufzubringen. Im Gegenteil: Die Steuer stellte sich als ein geeignetes Mittel heraus, die ohnehin recht schwächliche Motorisierung Polens noch mehr zu erschweren. In den Haushaltsjahren 1931/32 bis 1934/35 flossen insgesamt nur etwa 50 Mill. Zloty in diesen Fonds. Das reichte kaum für die notwendigsten Unterhaltungsarbeiten, geschweige denn für Neubauten aus. Eine stärkere Belegung machte sich im polnischen Straßenbau erst im dem Jahre 1934 bemerkbar. Nach den Angaben, die Alexander Kobylinski in Heft 17 der Zeitschrift „Die Straße“ macht, betrug die Dichte des befestigten Straßennetzes in Polen je 100 Quadratkilometer im Jahre 1920 11 km, im Jahre 1935 15 km. Von den 68 650 km Staats-, Wojewodschafts- und Kreisstraßen haben 30 v. H. (20 550 km) noch keine feste Decke; von den 270 000 km Gemeindestraßen haben nur 4 v. H. (10 470 km) bisher eine feste Decke. Von den etwa 58 500 km befestigten Straßen sind nur 3 bis 4 v. H. mit einer neuzeitlichen Decke versehen. In ganz Polen gibt es demnach etwa 1600 km Straßen, die man etwa in Deutschland als modernen Verkehrsverhältnissen entsprechend ansehen würde.

Ende des Jahres 1934 stellte das polnische Verkehrsministerium ein Sechsjahresprogramm für den Straßenbau auf. Nach diesem Programm sollen von 1935 bis

1940 neuezeitliche Straßendeden aus Pflaster, Klinkern, Beton, Asphalt usw. in einer Gesamtlänge von rd. 4750 km auf den schon bestehenden Hauptstraßenzügen verlegt werden; ferner sollen Straßen minderen Grades in einer Gesamtlänge von rd. 1100 km vor allem in den Ostwojewodschaften durch Aufbringen einer neuerzeitlichen Decke in Hauptverkehrsstraßen umgebaut werden; zahlreiche Straßen im Zuge der Staatsstraßen sollen neu bzw. umgebaut werden; für den Bau und die Unterhaltung der für das Wirtschaftsleben und die Landwirtschaft besonders wichtigen Bojewodschafts-, Kreis- und Gemeindestraßen sollen staatliche Zuschüsse gegeben werden. Aus dem Sechsjahresplan sind die dringlichsten Arbeiten herausgenommen und zu einem Dreijahresplan zusammengestellt worden. Nach diesem Teilprogramm sollen in den Jahren 1935 und 1936 folgende Straßenzüge mit einer für den Kraftverkehr geeigneten Decke versehen werden:

Warschau—Polen—Landesgrenze (in Richtung Berlin),
 Warschau—Krafau—Jafopane—Meezraue—Landesgrenze,
 Warschau—Lihenstochau—Dombrower Kohlenboden (in Richtung Ostbereschinen—Prag—Wien),
 Warschau—Lomicz—Sobz—Pabianice—Zhumka Mola—Kallisch, ferner Ausfallstraßen in der Umgebung größerer Städte.

Der größere Teil der im Dreijahresplan vorgesehenen Straßen soll schwere Decken erhalten (unregelmäßiges Kleinpflaster, Beton, Klinker und Asphalt-Beton). Der Rest soll mittelwichtige Decken (Zementkiesbeton, Bitumenterrasse, Betonpflaster usw.) erhalten. An neuen Straßen sind im Dreijahresplan nur etwa 230 km vorgehien, und zwar in den besonders straßenarmen Ostwojewodschaften. Die wichtigsten Straßenbauten, wie im Rahmen des Planes vorgesehen sind, sind eine Weichselbrücke bei Mloczawo (Weslau), die Eisenbahn- und Straßenbrücke über die Weichsel bei Błock und der Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Dnjeprbrücken bei Jalejsynki.

Die Mittel für den Straßenbau werden aus verschiedenen Quellen geschöpft. Es kommen in Betracht Kredite des Arbeitsbeschaffungsfonds, Mittel der Investierungsgesellschaften, vor allem für Zwecke des Straßenbaus bestimmt war, Steuererlässe an den „Stra-

ßenfonds“. Durch den Einfluß des freiwilligen Arbeitsdienstes und die Beschäftigung von Rotkandarbeitern werden den Straßenbauarbeiten noch weitere Mittel zugeführt. Die für den Straßenbau benötigten Rohstoffe werden durchweg im Lande selbst gewonnen; Bohrlinien liefern Balcit und Granit, bei Riecz wird Quarzit gewonnen, in Galizien Sandstein usw., in den Gebieten ohne Steinbrüche werden Felssteine für den Straßenbau verwendet; Straßenklinker werden in den staatlichen Ziegeleien in der Bojewodschaft Lublin hergestellt; Asphalt und Teer werden im Naphthagebiet und in den Gasanstalten gewonnen; Zement liefern zahlreiche Fabriken. Vorausgelegt, daß die Mittel nicht wieder ausgehen, ist mit einer Belegung des Straßenbaus in Polen zu rechnen. Bis das ganze Land mit einem ausreichenden Netz brauchbarer Straßen überzogen ist, werden allerdings, auch wenn das jegliche Tempo durchgehalten werden kann, noch viele Jahre vergehen.

Ein solches Werk kann nicht geheißen, wenn nicht die Gesamtheit zu wecken und das Interesse für den Straßenbau wachzurufen, hat sich die Liga Drogowa zum Ziele gesetzt. Die Liga wurde Anfang 1934 ins Leben gerufen. Hier gehört eine ganze Reihe wirtschaftlicher und sonstiger Verbände an. Ihre Organisation ist noch im Aufbau begriffen. Durch Kreis- und Ortsgruppen sucht sie sich allmählich über das ganze Land zu verbreiten, um durch ihre Außenstellen die notwendige örtliche Aufklärungs- und Werbearbeit zu leisten. Auf ihre Anregung geben verschiedene gewerbliche und sonstige Fachverbände, die zur Förderung des Straßenbaus bestimmt sind, zurück. So z. B. das Gesetz über das Schmarck, das die Bevölkerung zu bestimmten Hand- und Spanndiensten verpflichtet. Der Wert dieser Dienste wird auf jährlich 25 bis 30 Mill. Zloty veranschlagt. Mit der Einführung von „Rohstofftagen der Arbeit“ appliziert die Liga unmittelbar an den Gemeinschaftsinn und die Opferbereitschaft jedes Einzelnen. Diese Tage werden von den Gruppen der Liga im ganzen Lande organisiert; ihre Absicht ist es, durch die freiwillige, unentgeltliche Arbeit der Bevölkerung gewisse Straßenbauarbeiten durchzuführen, für die die sonst erforderlichen Mittel nicht aufgebracht werden können. Der Gehalts ist gut; der Erfolg dieses Appells muß abgewartet werden.

Buchbesprechungen

Kanetenoden an der Memel. Roman von Heinz Gerhard Brunnen-Verlag Willi Bischoff, Berlin 1935, 318 Seiten. Broch. 4,00 *R.*, Reinen 5,60 *R.*. — Einem Buch, das, wie dieses, unmittelbar aus dem Erlebnis der Gegenwart heraus geschrieben und dazu bestimmt ist, unmittelbar der Gegenwart zu dienen, wird man es gern nachsehen, wenn es nicht in jeder Hinsicht die Formen höchstentwickelter Romanform erfüllt. Es ist die politische Lebensnähe, die diesem Roman eines jungen Memel-Deutschen seine Wirkung verleiht. Wie die Gewalttätigkeit der Litauer zerstörend in das Leben jedes Einzelnen eingreift, das wird hier beispielhaft an den Schicksalen einiger Menschen gezeigt. In einzelnen Teilen, wie in dem Lebensbericht des litauischen Arbeiters Betruskas, oder in dem Bericht vom Zusammenbruch des Gutsbesizers Feldmann, steigert sich die Erzählung zu überzeugendem können. Dem deutschen Kampf um Memel ist das Buch eine brauchbare Waffe.

Dr. K.

Der Ruf der Erde. Deutsche Siedlung in Vergangenheit und Gegenwart. Von Prof. Karl H. Schöpfe. Verlag B. W. Teubner, Leipzig und Berlin, 1935, 170 Seiten. Kart. 2,80 *R.*. — Der Verfasser dieses Buches hat sich als Vorkämpfer für Arbeitsdienst und Siedlung einen Namen gemacht. Er weiß viel Wissenswertes in allgemein verständlicher Form mitzuteilen. Aber das ist es nicht allein, was den Wert dieses Buches ausmacht. Wichtiger ist noch, daß er das, was er sagt, so sagt, daß es ein Appell an den Willen ist. Das Buch ist in diesem Sinne ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie geschichtliches Wissen für die Gegenwart fruchtbar gemacht werden kann. Es ist von einem tiefen Glauben an die Notwendigkeit der Siedlung, der Rückkehr

des deutschen Menschen zum Boden, erfüllt; und es vermag diesen Glauben auf seine Leser zu übertragen. Am klarsten über die Jahrtausende stellt es die großen Wellen der germanisch-deutschen Siedlungsbewegung dar und befreit es die Ursachen und Folgen der Bodenentfremdung, zeigt es den Zusammenhang zwischen Rasse und Erde, Bauernsiedlung, Fruchtbarmachen und Urbarmachen des Bodens, Arbeitsdienst, Landhilfe, Abbau und Umbau der Großstädte, alles das, was heute geschieht, um den drohenden Volkstod zu bannen, läßt sich erst dann, wenn es in die großen welt- und rassegeschichtlichen Zusammenhänge hineingestellt wird, in seiner ganzen Bedeutung erfassen. Das geschieht hier in einer der Größe der nationalsozialistischen Bewegung gerecht werdenden Form. Es ist diesem ebenso maßstäblichen wie inhaltsreichen Buche daher die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Dr. K.

Deutsche Führer zum Osten. Herausgegeben von H. Hillen-Zieglfeld in Verbindung mit Rupert von Schumacher. Edwin Minge Verlag. — Diese Schriftenreihe hat es sich zum Ziel gesetzt, die Männer zu schildern, die der Ostbewegung des deutschen Volkes von der Entstehung des 1. bis zum Aufstieg des 2. Reiches entscheidende Anstöße gegeben haben. Josef März schreibt über Otto den Großen, Hans Hummel über den Großen Kurfürsten, Rupert von Schumacher über den Prinzen Eugen und Carl Rothe über Karl von Luxemburg. Weitere Hefte werden folgen. Es ist nicht leicht, auf so begrenztem Raum, wie ihm die einzelnen Hefte dieser Schriftenreihe bieten (je 56 Seiten), die Laischen und Probleme, die sich mit dieser oder jener Führerfigur der

deutschen Ostgeschichte verbinden, verständlich und zutreffend zu schildern. Doch wird das Ziel des Herausgebers, „in der Darstellung der großen Führerpersönlichkeiten des Werden Ostdeutschlands in das geschichtliche Bewußtsein zu rücken“, durch die Darstellungen der guten Sachkenner in der Hauptfrage erreicht. Es wird sich bei Fortführung der Reihe allmählich eine einigermaßen zusammenhängende Entwicklungsgeschichte des deutschen Ostens ergeben. Willst du wäre es besser gewesen, statt in unangeforderter Folge und ohne Beziehung zueinander, die Einzel schilderungen in geschichtlicher Reihenfolge und in logischer Anlehnung an einander abzufassen zu lassen.

Dr. K.

Heinrich der Löwe. Niederlahnsens großer Herzog. Von Dr. Franz Lütk. Verlag Friedrich Brandstetter, Leipzig 1935. 16 Seiten. — Unter Bericht auf manche mehr oder weniger bedeutsame Einzelheiten wird das Bild dieses deutschen Führers zum Osten in wenigen, aber charakteristischen Zügen gezeichnet. Das Streben nach der Verbindung zwischen Niederlahnsen und Bayern, die Freundschaft zwischen dem Vorden und Friedrich Barbarossa, die Züge nach Rom, der Bruch mit dem Kaiser, der Sturz Heinrichs und seine Verbannung. — aus diesen Ereignissen hebt sich plastisch die Gestalt des Weisen und klar umrissen sein politisches Wollen hervor.

Dr. K.

Tausend Jahre deutscher Kampf im Osten. Von Dr. Hans Schoeneich. Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig. 2. Auflage. 79 Seiten. Geheftet 35 Pf., gebunden 75 Pf. — Das Bändchen enthält eine recht lebendig geschriebene Geschichte der Erfassung des Ostens durch deutsche Siedlung und Staatenbildung. Die Blickpunkte, die Schoeneich für seine Darstellung wählt, bewahren ihn vor der Gefahr, die großen Einien und treibenden Kräfte der Entwicklung durch allzu viele Einzelheiten zu verwirren und zu verdecken.

Dr. K.

Das Danziger Werder. Von Willi Luade. Die Danziger Höhe. Von John M u h l. Hefte 12 und 13 der Führer des Staatlichen Landesmuseums für Danziger Geschichte. Herausgegeben von Erich Kenjer. Kommissionsverlag W. B. Kaufmann, G. m. b. H., Danzig. — Diese je 40 Seiten umfassenden Führer, die mit einigen Bildern und einer Kartenfäße ausgestattet sind, geben vom den Dörfern und Gütern der in ihnen behandelten Gebiete des Danziger Freistaates die wichtigsten ortsgeschichtlichen Daten an. Vorausgeschickt sind kurze Darstellungen der erbgeschichtlichen Entwicklung der Werder- und Höhenlandschaft sowie knappe Abrisse der politischen Geschichte.

Dr. K.

Die ihr Heimatland verlassen. Von Dr. Hans Schoeneich. Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig 1935. 79 Seiten. Geheftet 35 Pf., gebunden 75 Pf. — „Wege und Schicksale deutscher Auswanderer“ nennt sich diese kleine Schrift im Untertitel. Sie kann und will nicht mehr, als an einigen Beispielen eine Vorstellung davon vermitteln, wach unendlich reiche Ströme deutschen Blutes in alle Teile der

Welt gestossen sind und an deren Erschließung Anteil genommen haben. Nach Ungarn und Nordamerika, nach Transkaukasien und an die Wolga, nach Australien und Südamerika, nach Polen und Südafrika werden in den erzählenden Berichten, die Schoeneich gibt, die einzelnen Gruppen deutscher Menschen begleitet, die ihre Heimat verlassen.

Dr. K.

Kolonien oder nicht? Die Einstellung von Barthe und Staat zum kolonialen Gedanken. Von Dr. H. W. Bauer. Richard Bauer Verlag, Leipzig 1935. 51 Seiten. Preis 1,60 R.M. — Die Schrift trägt den Unbedenklichkeitservert der NSDAP. Sie ist ein Bekenntnis zum kolonialen Gedanken und eine Widerlegung der verfehlten Vorstellungen, die über die Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung zur Kolonialfrage vielfach noch verbreitet sind. Es darf niemals dazu kommen, daß Ostbewegung und Kolonialbewegung in einen, die Geschlossenheit des nationalen Willens gefährdenden Gegensatz zueinander geraten. Die Kolonialbewegung ist eine Forberung der deutschen Gleichberechtigung, Rohstoffversorgung und Weltgeltung. Die Ostbewegung ist eine Forberung der deutschen Sicherheit, Nahrungsfreiheit und bodenständigen Kraft. Die erste darf nicht zu einer Entwurzelung in der europäischen Heimat, die andere nicht zu einer Beschränkung des politischen Wirkfeldes führen.

Dr. K.

Schulungstafeln für politische Erdbunde. Herausgegeben von Joachim von Boseh. Ludwig Bogenreiter Verlag, Bobsam. — Die Tafeln auf gefaltetem Karton, 6-8 Seiten umfassend, enthalten, mit einer oder mehreren Kartenfäßen versehen, das Wichtigste, was zu den jeweils behandelten Dingen zu sagen ist. Bisher sind 15 Tafeln erschienen: Saargebiet, Großbritanien, Englisches Weltreich, Frankreich, Italien, Sowjetunion, Japan, Niederlande und Kolonialgebiet, Ferner Osten, Griechenland, Remegebiet, China, Reichsautobahnen, Südlasien, Europäisches Mittelmeergebiet. Jede Tafel kostet 10 bzw. 20 Pf. und ist von zuverlässigen Sachkennern bearbeitet. Für den Zeitungsleser, der den Tagesnachrichten mit größerem Verständnis folgen will und keine Zeit zu tieferem Studium hat, sind die Tafeln eine brauchbare Hilfe.

Bei Tannenberg zwei Schlachten. Von Heinz Lücker. Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart—Leipzig—Berlin 1935. 96 Seiten. Preis 2,50 R.M. — Heber die beiden für die deutsche Stellung im Osten entscheidenden Schlachten bei Tannenberg von 1410 und 1914 berichtet der junge Verfasser in erzählender Form. Das Buch ist für die Jugend bestimmt. Es erfüllt diesen Zweck, ohne historisch etwas Neues zu bieten. Ein Bild, das das Ordensschloß von Marienburg zeigt, wird als eine Wiege der Marieburg bezeichnet. Das ist peinlich.

Persönliches

Geburtsort: Vorkassier i. R. August Vogt in GutsMuth, Bez. Breslau, fr. Polen-Stadt, am 21. 10., 70 J.

Arier-Nachweis aus Polen

Beschaffung sämtlicher Dokumente **sofort u. billigst**
Richard Schulz
Poznan, Rybaki 7

**Landsleute
interessiert
im
„Ostland“**

An Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstraße 46
Ausschreiben! Als Druckfache für 3 Pfg. senden!

Bestellkarte

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1936“

zu 0.90 RM. und 0.15 RM. Porto je Stück.

Bezahlung erfolgt durch **Voreinsendung** des Betrages auf Postsparkonto Berlin Nr. 65839 — durch **Nachnahme**. (Nichtzettelgebühren befreit.)

Name:

Wohnort und Straße:

3000 Mitglieder erhalten den Kalender durch Voreinsendung bei ihrer Ortsgruppe für 0.90 RM. je Stück.